

Soziale (Ver-)Schließung großer Teile der Mittelschichten als Inklusionshemmnis – nicht nur für Menschen mit Migrationsgeschichte

Stefan Gaitanides

Der Begriff der Inklusion und die Vision einer Gesellschaft, in der niemand zurückgelassen wird, erlebt im sozial- und bildungspolitischen Diskurs eine Hochkonjunktur – in einer Zeit, in der antizyklisch dazu die Verteilungskämpfe und die Ungleichheit in der real existierenden sozialen Welt zunehmen, in einer Zeit in der die Bereitschaft zur solidarischen Umverteilung abnimmt und die ausgleichenden Leistungen der staatlichen Sozialpolitik immer mehr abgesenkt werden. Bei den Verteilungskämpfen um knapper werdende Ressourcen haben Gruppen mit einem vergleichsweise niedrigen sozio-ökonomischen Status besonders schlechte Karten, da ihre Marktmacht und ihr politischer Einfluss relativ gering sind. In diesen Soziallagen sind Personen mit Zuwanderungsgeschichte überrepräsentiert – besonders diejenigen aus Staaten außerhalb der EU. Die soziallagenbedingten Exklusionsprobleme werden bei einem Großteil der zugewanderten Bevölkerung durch den unterprivilegierten rechtlich-politischen Status zusätzlich verstärkt. Aber auch den Eingebürgerten wird auf der sozialpsychologischen Ebene der Zugehörigkeitsstatus zur nationalen Wir-Gruppe verweigert und davon Etabliertenvorrechte abgeleitet.

Die gesellschaftliche Ausgrenzung von Familien mit Migrationshintergrund schlägt sich – bezogen auf die Gesamtbevölkerung – in doppelt so hohen Arbeitslosen- und Armutsquoten nieder, in hohen räumlichen Segregationsraten und in überdurchschnittlicher Bildungarmut. Dennoch scheint das Merkmal Migrationshintergrund nicht der Hauptfaktor zur Erklärung dieser Benachteiligungssituation zu sein. Als weit bedeutsamer erweist sich in aktuellen sozialwissenschaftlichen Studien der materielle und immaterielle sozio-ökonomische Status (Einkommen, Bildung, Beruf). Die „Gentrifizierung“ der großen Städte trifft einkommensschwache Gruppen jedweder Herkunft in ähnlicher Weise. Das gilt auch für die eingeschränkten Zugangschancen zur weiterführenden Bildung. Ebenso ergeben sich keine signifikanten Unterschiede bei der Gewaltbereitschaft von Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund in repräsentativen Befragungen bei kontrolliertem sozio-ökonomischem Status (vgl. Gaitanides 2011: 185f.).

Insofern ist eine schicht- und ungleichheitssoziologische Analyse der gesellschaftlichen Ex- und Inklusionsprobleme der zugewanderten Bevölkerung von hoher Relevanz. Dabei liegt der Schwerpunkt dieses Beitrags nicht so sehr auf der Makroebene der gesamtgesellschaftlichen strukturellen Ursachen, sondern auf der bisher im Kontext des Migrationsdiskurses wenig beleuchteten Meso-Ebene von exkludierendem Handeln gesellschaftlicher Gruppen, und noch spezifischer: auf dem Zusammenhang von Abschottungstendenzen der Mittelschichten und eingeschränkten Inklusionschancen von Familien mit niedrigem sozio-ökonomischen Status.

Aktueller Anstoß für die nähere sozialwissenschaftliche Beschäftigung mit diesem Thema war für den Verfasser neben der erschreckenden Resonanz des polarisierenden Buches von Sarrazin („Deutschland schafft sich ab“ 2010) die eindrückliche biographische Recherche des Journalisten Bauer (2011), in der er die auseinander laufenden Lebensläufe seiner Freunde aus seiner Kreuzberger Grundschulklasse beschreibt sowie die in den Medien verfolgbaren „Bürger“-Initiativen, die sich der Einführung selbst abgespekter Formen der Gemeinschaftsschule widersetzen.

Die Analyse stützt sich in weiten Teilen auf das soziologische Konzept der „Sozialen Schließung“. Dieses Paradigma soll auf die aktuellen Schließungsstrategien und -praktiken der Mittelschichten in „entsicherten Zeiten“ (Heitmeyer) appliziert werden.

Grundelemente der Theorie der Sozialen Schließung

Das soziologische Konstrukt der sozialen Schließung geht auf den Begründer der deutschen Soziologie, Max Weber, zurück. Er analysierte die Handlungsstrategien von Gruppen, die im Widerspruch zum universalistischen Ideal der bürgerlich-marktwirtschaftlichen „Leistungsgesellschaft“ quasi-ständische Strategien der Ausschließung von Außenstehenden entwickeln, um den Zugang zu bestimmten Ressourcen – vor allem ökonomischen – zu monopolisieren. In diesem Kontext stellt Weber fest, dass auch in der modernen bürgerlichen Gesellschaft soziale Aufstiegsprozesse und/oder die Inklusion von „Fremden“ und „Minoritäten“ sabotiert werden, „... indem feststellbare Merkmale eines Teils der (aktuell oder potentiell) Mitkonkurrierenden: Rasse, Sprache, Konfession, örtliche oder soziale Herkunft, Abstammung, Wohnsitz usw. von den anderen zum Anlass genommen wird, ihren Ausschluss vom Wettbewerb zu erstreben“ (Weber 1985 [1922] : 201).

Bezug nehmend auf Parkin hat Makert (2004: 16f.) die wichtigsten Elemente einer erweiterten Theorie der sozialen Schließung zusammengefasst:

- Ausschließungsstrategien zielen auf Unterordnung einer anderen in Konkurrenz tretenden gesellschaftlichen Gruppe beim Zugang zu knappen Ressourcen. Sie stoßen bei den ausgeschlossenen Gruppen auf Gegenreaktionen in Form von kollektiven „Usurpationsstrategien“, die auf Veränderung der Ressourcenverteilung zielen.
- „Das Ringen um Exklusion oder Usurpation wird somit von zwei Seiten konzipiert (Schließungsgleichung): von der der Ausschließenden und von jener der Ausgeschlossenen, die je spezifische Strategien verfolgen. Schließung wird so als Resultat gesellschaftlicher Konflikte begriffen.“
- „... die Theorie sozialer Schließung wird zum Instrument der Analyse von Herrschaftsverhältnissen, die Ausdruck asymmetrischer Machtverhältnisse sind“ und beschränkt sich nicht eindimensional auf die Sphäre der Ökonomie sondern schließt etwa auch den Zugang zur Bildung oder zu Wohngebieten höherer Qualität ein.
- Auf Grund der Machtasymmetrie greifen die ausschließenden und die ausgeschlossenen Gruppen auf unterschiedliche strategische Durchsetzungsmittel zurück.
- Der *Staat* spielt in Schließungskämpfen eine zentrale Rolle. „Rechtliche Definitionen von Über- und Unterordnung durch den Staat stellen häufig eine notwendige Voraussetzung für die Schließungsstrategien herrschender Gruppen dar“.
- „Exklusion und Usurpation sind auch innerhalb der Gruppen der Ausschließenden und Ausgeschlossenen möglich.“

Die machtärmeren Gruppen in diesen dualen Konflikten verfügen lediglich über das Instrument der kollektiven Mobilisierung von Solidarität – sei es durch Streiks, Demonstrationen oder Gewinnung von Bündnispartnern durch öffentlichkeitswirksame Kampagnen, um politischen Druck „von unten“ zu auszuüben, während die hegemoniale Gruppe eher versucht „von oben“ ihren dominanten politischen Einfluss zu nutzbar zu machen, um die bestehenden Verhältnisse zu stabilisieren (Parkin 2004a: 31f.).

Die Aus- und Einschließungsregeln beziehen sich in der von den Mittelschichten majorisierten bürgerlich-liberalen „Leistungsgesellschaft“ auf *individualistische* Merkmale wie formale Bildung und Ausbildung, deren Erwerb allen Gesellschaftsmitgliedern gleich zugänglich ist (achievement/erworbener Status), wobei diese scheinbar universalistischen Einschließungskriterien die unterschiedlichen

Startvoraussetzungen und familiären Unterstützungspotenziale zum Erwerb von höheren Bildungs- und Ausbildungszertifikaten unberücksichtigt lassen. Ausschließungsregeln bei Gruppen, die selbst von anderen Gruppen ausgeschlossen werden und in einem geringeren Maße über höherer formale Bildungs- und Ausbildungsabschlüsse verfügen, neigen nach Parkin eher zu *kollektivistischen* Ausschließungspraktiken, zu dem Versuch, bisher auf ihrer Positionsebene unterrepräsentierte Merkmalsgruppen wie Frauen, Ausländer, Andersreligiöse oder Menschen mit einem anderen rassistischen Aussehen auszuschließen bzw. ihnen in der Arbeitsteilung die unbeliebten Aufgaben zuzuweisen. Sie versuchen, durch negative kollektivistische Zuschreibungen formale Zugangsberechtigungen in Frage zu stellen (ascription/ zugeschriebener Status) oder unterlaufen den Wettbewerb durch populistische Einklagung von Etabliertenvorrechten (Parkin 2004a: 33). Parkin interpretiert die größere Anfälligkeit der weniger privilegierten Gruppen der ethno-nationalen Mehrheitsgesellschaft für kollektive Abwertung und Diskriminierung auch als ein Instrument zur Abwehr unerwünschter Konkurrenz, die auf die Löhne und Arbeitsbedingungen zu drücken droht (Parkin 2004b: 49). Die Hemmschwelle für die Anwendung dieser Strategie der kollektivistischen Diskriminierung ist umso niedriger als die ausgegrenzten Merkmalsgruppen und Minderheiten bereits in der Vergangenheit meist durch staatliche Regulation institutionell diskriminiert wurden (ebd.: 51f.). „Es erfordert vermutlich immer beträchtlich weniger politische Energie, die Exklusion einer sichtbaren und verwundbaren Minderheit durchzusetzen, als kollektives usurpatorisches Handeln gegen eine mächtige herrschende Klasse.“ (ebd.)

Der Boom der Nachkriegsjahre und der Mythos der „offenen“ Gesellschaft

Gesellschaften, die sich in Phasen starken quantitativen wie qualitativen wirtschaftlichen Wachstums befinden und in ihrem Gefolge eine überproportionalen Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften induzieren, können eindrucksvolle Aufstiegsprozesse vorweisen. Zieht sich die Wachstumsperiode lange hin und bleibt die Wirtschaft von einschneidenden Beschäftigungsnachfragekrisen verschont, entsteht der Schein einer „offenen Gesellschaft“, in der den Tüchtigen und Begabten alle Türen offen stehen – unabhängig von ihrer sozialen Herkunft. Sind Fleiß und Lernfähigkeit eine notwendige Bedingung für den sozialen Aufstieg, so sind sie doch keine hinreichende. Aufstiege von „unten“ werden vor allem auch durch Kooptation von „oben“ ermöglicht, wenn die höheren Berufsschichten durch die Vermehrung der Arbeitsplätze oder demographische Faktoren nicht mehr durch Selbstrekutierung der Familien der bisherigen Positionsinhaber ausreichend besetzt werden können (Gaitanides 1984: 215f, vgl. Steinert 2004: 193). So bewirkte der lang anhaltende Arbeitsmarkt-Boom der Nachkriegsjahre einen starken Aufstiegssog nach oben. Während des „Wirtschaftswunders“ konnten knapp ein Drittel der Arbeiterkinder in Angestelltenpositionen hineinwachsen – allerdings nicht im gleichen Maße in die Leitungspositionen der oberen Mittelschicht. Die parallel zur diesem Strukturwandel einsetzende Anwerbung einer „Reservearmee“ ausländischer Arbeitsmigranten deckte den Ersatzbedarf in dieser Ära der „Vollbeschäftigung“ in den untersten Etagen des Beschäftigungssystems ab. Der Zugang zu begehrteren Arbeitsplätzen war den „Gastarbeitern“ vorerst durch rechtliche Barrieren (Beschränkung der Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis) und fehlende Sprachkenntnisse sowie fehlende Bildungs- und Ausbildungsabschlüsse verwehrt. Die Kinder der Arbeitsmigranten konnten später in unbeliebte verwaiste Lehrberufe „aufsteigen“ (Gaitanides 1984: 251ff.). Dies schloss nicht aus, dass besonders motivierte und fähige Migrantenkinder trotz aller strukturellen und sozialpsychologischen Widerstände ihren Weg in qualifizierte Berufspositionen fanden. Individuelle Auslese ändert allerdings wenig an der kollektiven Lage der

Herkunftsgruppe der Aufgestiegenen. Auch die Aufstiegsprozesse der „Tüchtigen“ erfolgen zunächst eher bei non-kompetitiven Gelegenheitsstrukturen. Mit der Zunahme der Bildungskarrieren in der zweiten und dritten Generation tritt aber längerfristig eine tatsächliche Konkurrenzsituation von „unten“ ein, durch die sich die etablierten Schichtangehörigen in ihrer privilegierten Stellung bedroht fühlen und beginnen, durch generalisierende Zuschreibungen von defizitären informalen Eigenschaften auf „unfaire“, kollektivistische Exklusionspraktiken zurückzugreifen. Die formalen Zugangslegitimationen werden durch Bezweiflung passender informaler, (sozio)kulturell vermittelter Schlüsselkompetenzen abgewertet. Dies geschieht selten explizit und nicht immer intentional sondern eher unbewusst durch Applizierung verinnerlichter stereotyper Fremdetikettierung. Hinzu kommt die verstärkte Aktivierung sozialen Kapitals, von Netzwerken, die die Bewerberinnen und Bewerber der Eigengruppe bei der Zuteilung von Positionen auf gleicher konkurrierender Ebene bevorzugen. „Abschlüsse und Titel sind zwar nach wie vor eine notwendige, aber nicht länger eine hinreichende Bedingung für eine erfolgreiche Karriere. Gerade wenn es um Spitzenpositionen geht, machen Herkunft, Vitamin B und Habitus immer noch (bzw. vermehrt wieder) den Unterschied.“ (Mau 2004: 72)

Der geringe Zugang zu den einflussreichen Netzwerken scheint – neben negativen Zuschreibungen von pauschal unterstellten Herkunftseigenschaften – auch ein wesentlicher Faktor für die Ungleichbehandlung beim Zugang zu Ausbildungsplätzen und ausbildungsadäquaten Berufspositionen trotz gleicher formaler Voraussetzungen zu sein (Beicht/Granato 2009). Woraus die gläsernen Wände auch immer bestehen mögen, in einem Befragungs-Panel von türkischstämmigen Probandinnen und Probanden der „Stiftung für Türkeistudien und Integrationsforschung“ wird Diskriminierung umso häufiger wahrgenommen, je höher der Bildungs-, Ausbildungs- und Berufsstatus ist. Ebenso steigt diese Wahrnehmung in der Generationenfolge (Sauer 2012: 90). Zur Interessenkollision der Monopolisierungspraktiken von sozialen Statusgruppen mit dem Wachstumsinteressen der Wirtschaft kann es kommen, wenn durch ausschließendes Verhalten etablierter Gruppen Engpässe auf Teilmärkten entstehen. In einer solchen Situation befinden wir uns heute. Die „Fachkräftelücke“ kann nach Auffassung der Wirtschaftsvertreter auf absehbare Zeit nicht mehr durch geeignetes inländisches Personal abgedeckt werden. Deshalb wird die Anwerbung ausländischer Fachkräfte z.Z. durch eine privilegierende „Blue-Card“-Regelung vorangetrieben. Auch hierbei handelt es sich um ein Kooptationsverfahren zur Deckung des Ersatzbedarfes und ein nutzenorientiertes Ausleseverfahren. So wird den „gebrauchten“ Fachkräften aus dem Ausland neuerdings der rote Teppich ausgerollt und eine Willkommenskultur von Seiten der Regierung propagiert – allerdings nicht für die sogenannten „Armutsmigranten“ aus Südosteuropa. Für die werden im Gegenteil – entgegen Geist und Verfassung der EU – die Grenzen wieder hochgezogen. „Die Klassengesellschaft fängt schon bei der Begrüßung an. ‚Willkommenszentren‘ sind hilfreich, sollten aber allen Neuzuwanderern offen stehen.“ (Bade Spiegel-Online 1.3.2013).

Mittelschichten unter Druck – Verstärkung der Soziale Schließungstendenzen in unsicheren Zeiten

Zunächst ist die Verwendung des Mittelschichtenbegriffes zu klären. Der Schichtaufbau der vertikalen sozialstrukturellen Ungleichheitsordnung wird in der empirischen Sozialforschung gemeinhin durch die Verteilung der Indikatoren mittlerer Einkommen, Bildung und Berufsstatus auf die Bevölkerung gekennzeichnet (Burkhart u.a. 2012:10). Als Maß des relativen Anteils der Mittelschichten gilt das – nach Haushaltsmitgliedern gewichtete – Einkommen von 70-150% des Medianeinkommens. Das Volumen der Haushalte dieser Einkommensspanne schrumpfte innerhalb der Jahre 1999-2009 von 64

auf 59%. Das heißt, 4,5 Mio Personen oder 9% der Referenzgruppe verloren ihre in Einkommen gemessene mittlere gesellschaftliche Position (Mau 2004: 59). Nimmt man als Messlatte die relative Verteilung auf einen mittleren und höheren Bildungs- und Ausbildungsstatus, so scheint auf Grund der höheren Abitur- und Studienabschlüsse der „Mittelschichtenbauch“ eher zugenommen zu haben. Aber dieser Schein trügt, da höhere Bildungsabschlüsse immer weniger eine Garantie für die Erreichung einer den Bildungstiteln angemessenen beruflichen Position sind. Hinzu kommt eine Abspaltung der Mittelschicht nach „unten“ durch Flexibilisierungsmaßnahmen des Arbeitsmarktes wie befristete Arbeitsverhältnisse, Umwandlung von Beamten- in Angestelltenstatus, Aushebelung des Tarifsystems durch Zeitarbeit und Subunternehmen (ebd.: 83ff.). Die Verteilung dieser strukturellen Indikatoren bildet aber keine Gruppen homogenen Lebensstils ab. Auch in den Mittelschichten haben sich im Zuge der Pluralisierung von Lebensstilen unterschiedliche „sozial-moralische“ Milieus herausgebildet. Daher gibt es auch nicht „die“ Mittelschicht“ als eine isolierbare soziale Gruppe mit gemeinsamen soziokulturellen Orientierungen und Lebensstil. Mittelschichtenmilieus sind stark „ausdifferenziert in materialistische und postmaterialistische, pflichtorientierte und hedonistische Grundeinstellungen“ (Münkler 2010: 43). Auch das ist immer noch eine grobe Typisierung.

Mittelschichten im Bildungs- und Ausbildungsstress – das panische Wettrennen um hohe Abschlüsse

Der standortbedingte Wettbewerbsdruck einer exportorientierten Nation wie Deutschland erhöht den Qualifizierungsdruck auf die mittleren und inzwischen auch oberen Schichten. Heute genügt es nicht mehr, Betriebs-Erbe zu sein und eine normale akademische Ausbildung absolviert zu haben, um hochdotierte Positionen in der obersten Manager- und Vorstandsetage der Wirtschaft zu besetzen. Der Trend geht zu „exzellenten“ Eliteschulen und Hochschulen als Kaderschmiede. Der Ausbau der avisierten „Wissensgesellschaft“ wird indessen nicht von einem entsprechenden Ausbau des öffentlichen Bildungswesens und öffentlicher institutionalisierter Forschung begleitet, weil die Staatskassen dies nicht zu erlauben scheinen. Dies ist auch der steuerlichen „Sezession der Erfolgreichen“ geschuldet (Baumann 2009: 63), die ihr Geld in Steueroasen anlegen, und ist Folge einer allzu wirtschaftsfreundlichen und den Vermögenden entgegenkommenden Steuerpolitik. So sehen sich insbesondere die Mittelschichten, deren materielle Ressourcen an ihren Erwerbsstatus geknüpft sind und die nicht auf ein hohes Vermögenspolster zurückgreifen können, gezwungen, ihr privates Budget immer mehr für eine Optimierung der Bildung ihrer Kinder in Anspruch zu nehmen. Der Run auf immer höhere Abschlüsse und Umzüge in „bessere“ Viertel mit mittelschichten-homogeneren Schulen verstärken die Ausschließung der Schichten, die bei diesem Wettbewerb nicht nur aus finanziellen Gründen mithalten können. Die schulreformerischen Bestrebungen hin zu einer inklusiven Schule, die Kinder aller Herkünfte in Gemeinschaftsschulen länger als bisher zusammen unterrichten, stoßen bisher auf starken Widerstand. Wie stark die „usurpatorischen“ Mobilisierungspotenziale der Status-Quo-Verteidiger gegen die Gemeinschaftsschule sind, hat z.B. der Erfolg der Hamburger Bürgerinitiative „Wir wollen lernen!“ 2010 gezeigt. In Berlin, das die 6-jährige Gemeinschaftsschule bereits eingeführt hat, stimmen die Mittelschichtenfamilien mit den Füßen ab, melden sich in Schulen der „besseren“ Viertel, ziehen um oder gründen private Grundschulen. Auch die stark ausgebauten konfessionellen Ersatzschulen sorgen dafür, dass die Mittelschichtenkinder unter sich zu bleiben (SVR 2012: 82). Gleichwohl Eltern in einer repräsentativen Befragung Konzepte sozialer und kultureller Mischung in der Schule auf der normativen Einstellungsebene als etwas Positives bewerten, würden gerade die Befragten mit höherem Bildungsniveau und hohen Leistungsansprüchen,

unabhängig vom Migrationshintergrund, auf der konkreten Verhaltensebene ihr Kind nicht auf eine Schule mit hohem Ausländeranteil schicken wollen (SVR 2010: 152). Den Versprechen der Reformen, dass alle Schüler ihren individuellen Voraussetzungen entsprechend gefördert werden, vertrauen sie nicht oder meinen anscheinend, dass es bis zur Überwindung der zu erwartenden Kinderkrankheiten für den Jahrgang ihrer Kinder zu spät ist und sie ihr Kind nicht für die Reformpolitik opfern wollen (vgl. Bauer 2010). Ob die hohen Investitionen der Mittelschichten-Eltern in die Bildung ihrer Kinder die gewünschten Früchte tragen werden, ist unsicherer denn je. Durch die rapide Zunahme der Bildungstitel sind Abitur und Studium immer weniger eine hinreichende Bedingung für den „Klassenerhalt“ der Kinder.

Neben der Angst vor der Zukunft der Kinder grassiert auch die Furcht der bereits Berufstätigen von der Veralterung ihrer Qualifikation in Anbetracht der beschleunigten Wandels der beruflichen Anforderungen.

Entsicherung der Beschäftigung + Wegfall der Statusgarantien bei Arbeitslosigkeit durch Agenda 2010

Die Statusängste der Mittelschichtenfamilien verstärken sich darüber hinaus durch weitere Faktoren. Die Beschäftigungssicherheit hat im Zuge von technologischen und organisatorischen Rationalisierungswellen, Zusammenlegung von Firmen oder Verlagerung von inzwischen auch qualifizierten Arbeitsplätzen ins Ausland immer mehr abgenommen. Seit der Einführung von Hartz VI hat sich die soziale Fallhöhe bei Arbeitslosigkeit enorm erhöht. Die einkommensbasierte, den bisherigen Lebensstandard längerfristig sichernde, Arbeitslosenunterstützung wurde durch eine einkommensunabhängige Grundsicherung ersetzt, die kaum das Existenzminimum absichert. Auch wenn qualifizierte Arbeitslose schneller als gering qualifizierte wieder aus der Arbeitslosigkeit herauskommen, verbreiten sich Abstiegsängste bei den noch Erwerbstätigen. Diese Ängste werden zusätzlich durch das medial vermittelte abschreckende Bild der Schicht geschürt, in die sie bei lang andauernder Arbeitslosigkeit abzustürzen drohen und sich dann gezwungen sehen, womöglich in deren Nachbarschaften umziehen zu müssen. Die Bilder von der parasitären und verwahrlosten „Unterschicht“ bzw. von den eingewanderten „Armutsflichtlingen“, die in vermüllten, von Jugendgewalt unsicher gemachten Zonen leben, haben – ob gewollt oder nicht – in ihrer Wirkung eine, multifunktionale das neoliberale Regulationssystem absichernde, Bedeutung (Chassé 2004). Sie disziplinieren einerseits, indem diese Horrorbilder die Bereitschaft zur Hinnahme von Verschlechterungen der eigenen Arbeitsbedingungen im Zuge der Deregulierungsprozesse erhöhen und sie haben zugleich eine identitätsstabilisierende Funktion. „Offenkundig ist die Zielgruppe der Unterschichtendiskussion eher die Mittelschicht. Ihr wird eine Abgrenzungsfolie angeboten, mit der die eigene bedrohte soziale Identität und die gefährdete gesellschaftliche Position im sozialen Raum nach unten abgegrenzt werden kann. In den zentralen Topoi der Unterschichtendiskussion grenzt sich die verunsicherte Mittelschicht ab vom (konstruierten) Gegenbild dessen, was ihr Kapital ausmacht, nämlich Leistung und Pflichterfüllung.“ (ebd.: 193)

Entsolidarisierung mit den „selbstverschuldeten“ „nutzlosen“ Armen und den „integrationsunfähigen und -unwilligen“ Migranten

Zugleich legitimieren diese negativen Kategorisierungen die Forderung nach Absenkung von Steuern und Sozialabgaben und den Entzug der Solidarität gegenüber den „selbstverschuldeten“ Armen. „Soziale Gerechtigkeit muss künftig heißen, eine Politik für jene zu machen, die etwas für die Zukunft unseres Landes tun: die lernen und sich qualifizieren, die arbeiten, die Kinder bekommen und erziehen, die etwas unternehmen

und Arbeitsplätze schaffen, kurzum, die Leistungen für sich und unsere Gesellschaft erbringen. Um die – und nur um sie – muss sich Politik kümmern.’ (Peer Steinbrück 2003 zit. n. Linden: Der Mann von gestern. In: taz 14.1.2013)

Dabei leiden die so urteilenden, von wirtschafts-liberalen Politikern als „Leistungsträger und Melkkühe der Nation“ Etikettierten, bei der Beurteilung der schichtdifferenzierten Inanspruchnahme des Sozialbudgets an Wahrnehmungsverzerrung. „In der Bundesrepublik wird jeder dritte Euro für soziale Zwecke ausgegeben, der geringere Teil davon fließt aber bedürftigen Gruppen am unteren Ende der Hierarchie zu. Die großen Posten sind Gesundheit, Rente und Familienförderung. Nur knapp über sechs Prozent des Sozialbudgets fließen in den Bereich der Grundsicherung für Arbeitslose, etwa ebenso viel in die Sozialhilfe und die Kinder- und Jugendhilfe zusammen.“ (Mau 2012: 203) Die Diffamierung der „Unterschicht“ ist eine Steilvorlage für die sozialdarwinistische Ausgrenzung der „Nutzlosen“. Die Umsetzung der Diffamierung in ausgrenzende Handlungen ist bei den rechtlich weniger geschützten Minoritäten-Gruppen sehr viel chancenreicher. Daher hat Sarrazin seine Angriffe auf die angeblich faulen und unverschämt anspruchsvollen HarzIV – Bezieher immer mehr auf diese wehrlose Gruppe gerichtet: „Jeder, der bei uns etwas kann und anstrebt, ist willkommen; der Rest sollte woanders hingehen. (...) Die Medien sind orientiert auf die soziale Problematik, aber türkische Wärmestuben können die Stadt nicht vorantreiben.“ „Meine Vorstellung wäre: ... keine Transferleistungen mehr für Einwanderer. ... Ich muss niemanden anerkennen, der vom Staat lebt, diesen Staat ablehnt, für die Ausbildung seiner Kinder nicht vernünftig sorgt und ständig neue kleine Kopftuchmädchen produziert.“ (T.S. in „Lettre International“ Nr. 86, 2009). Die breite Zustimmung, auf die Sarrazin mit seinem ein Jahr nach diesen Interviewäußerungen veröffentlichten Buch „Deutschland schafft sich ab“ gestoßen ist, offenbarte, was Sozialforscher schon seit Jahren beobachtet hatten: Dass Ansichten, die früher eher am rechten Rand der Gesellschaft vertreten wurden, inzwischen in der „Mitte der Gesellschaft“ angekommen sind, vor allem auch im konservativ und relativ wohlhabenden Milieus (vgl. Zick et al. 2012).

Fazit

Schließungstheoretisch und gesellschaftskritisch betrachtet handelt es sich bei den gegenwärtigen externen und internen Ein- und Ausschlussdynamiken von Gesellschaftsschichten um Konflikte, die letztlich mit einem primären, tiefer liegenden Verteilungskonflikt verkoppelt sind, dem Konflikt zwischen den Verwertungsinteressen eines durch die nationalstaatliche Politik kaum mehr eingehetzten Kapitalismus und den abhängig Beschäftigten (vgl. auch Murphy 2004: 106). Die Globalisierung hat das Aktionsfeld des Kapitals erweitert und durch Abwanderungsdrohungen seine Verhandlungsmacht gegenüber der Arbeitnehmerschaft spektakulär ausgebaut. Hierdurch konnte das neoliberale Programm der Deregulierung durchgeführt werden. Die gewachsene verteilungspolitische Machtasymmetrie, hatte die weitgehende Aufkündigung des wohlfahrtsstaatlichen Klassenkompromisses des „Rheinischen Kapitalismus“ mit seinen flächendeckenden Tarifregelungen und einer halbwegs gerechten Beteiligung der Beschäftigten am Ertrag der erarbeiteten Wertschöpfung zur Folge. Die damit verbundene Niveausenkung der Arbeitsbedingungen, der Beschäftigungssicherheit und der Absicherung bei Arbeitsplatzverlust betrifft auch die gut qualifizierten Mittelschichten, allerdings nicht im gleichen Maße wie die minder Qualifizierten, weil die Arbeitsmarktnachfrage nach ihren Qualifikationen nicht so stark rückläufig ist. Unter diesem Druck fügen sich große Teile der Mittelschichten der scheinbar unabänderlichen Schicksalsmacht der „Märkte“ der Kapitalanleger und entziehen den „weniger Gebrauchten“ die Solidarität. Viele rechtfertigen diesen Entzug mit „rohen“ (Heitmeyer) kollektivistischen Abwertungsstrategien. Diese Auszehrung der schichtenübergreifenden

Solidarität wird allerdings um den Preis einer weiteren Schwächung der verteilungspolitischen Position erkaufte. So bedienen sich die Mittelschichten einer Schließungsstrategie die längerfristig die eigene Exklusion befördert. Dieses zu erkennen, könnte dazu beitragen, die abwehrende Abwertungsstrategie der angeblich weniger „Nützlichen“ und „Integrationsunwilligen“, die den Zerfall des gesellschaftlichen Zusammenhaltes vorantreibt, im eigenen Interesse zu hinterfragen „Wir sollten die gesellschaftliche Integrationsqualität für Alteingesessene und Zugewanderte gleichermaßen überprüfen. Wir müssen immer wieder neu überlegen, wie wir der Ökonomisierung des Sozialen entgegentreten können – gegen die Ideologie der Ungleichwertigkeit aufgrund von Kategorien wie Nützlichkeit, Verwertbarkeit und Effizienz von Personen und Gruppen. Und ich frage: Wo bleibt eigentlich in Deutschland die produktive Unruhe für eine neue Kultur der Anerkennung?“ (Heitmeyer in: FR 3.6.2012)

Literatur

- Baumann**, Zygmunt (2009): Gemeinschaften. Auf der Suche nach Sicherheit in einer bedrohlichen Welt. Frankfurt a.M.
- Bauer**, Patrick (2011): Die Parallelklasse. Achmed, ich und die anderen – die Lüge von der Chancengleichheit. München.
- Beicht**, Ursula/**Granato**, Mona (2009): Übergänge in eine berufliche Ausbildung. In: Diskurs, September 2009.
- Burkhardt**, Christoph/**Grabka**, Markus/**Groh-Samberg**, Olaf/**Lott**, Yvonne/**Mau**, Steffen (2012): Mittelschicht unter Druck? Bertelsmann-Stiftung.
- Chassé**, Karl August (2010): Unterschichten in Deutschland. Wiesbaden.
- Gaitanides**, Stefan (1984): Sozialstruktur und „Ausländerproblem“. München.
- Gaitanides**, Stefan (2011): Anforderungen interkultureller Arbeit. In: Kunz, Thomas/ Puhl, Ria (Hrsg.)(2011): Arbeitsfeld Interkulturalität. Weinheim/München, S.182-192.
- Parkin**, Frank [dt. 1983] (2004a): Strategien sozialer Schließung und Klassenbildung, In: Makert, Jürgen (Hrsg.): Die Theorie der sozialen Schließung. Wiesbaden, S.27-43.
- Parkin**, Frank [1979](2004b): Duale Schließung. In: Makert, Jürgen (Hrsg.): Die Theorie der sozialen Schließung. Wiesbaden, S.45-65.
- Makert**, Jürgen (2004): Die Theorie der sozialen Schließung. Das analytische Potenzial einer Theorie mittlerer Reichweite. In: Makert, Jürgen (Hg.): Die Theorie der sozialen Schließung. Wiesbaden, 9-24.
- Murphy**, Raymond [1984](2004): Die Struktur sozialer Schließung: Zur Kritik und Weiterentwicklung von Theorien von Weber, Collins und Parkin. In: Makert, Jürgen (Hrsg.): Die Theorie der sozialen Schließung. Wiesbaden, S.87-109.
- Münkler**, Herfried (2010): Mitte und Maß. Berlin
- Sauer, Martina/Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung (Hg.)(2012): Integrationsprozesse türkeistämmiger Migrantinnen und Migranten in Nordrhein-Westfalen Ergebnisse der zwölften Mehrthemenbefragung 2011. Essen
- Mau**, Steffen (2012): Lebenschancen. Wohin driftet die Mittelschicht? Berlin.
- Steinert**, Heinz (2004): Schließung und Ausschließung. In: Makert, Jürgen (Hrsg.): Die Theorie der sozialen Schließung. Wiesbaden, S.193-212.
- Weber**, Max [1922]1985: Wirtschaft und Gesellschaft.
- SVR Sachverständigenrat** deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010) und (2012): Jahresgutachten. Berlin
- Zick**, Andreas /Hövermann, Andreas/Krause, Daniela (2012): Die Abwertung von Ungleichwertigen. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände 10. Berlin, S.64-86.

Prof. Dr. em. Stefan Gaitanides, gaita@fb4.fh-frankfurt.de, www.fb4.fh-frankfurt.de/whoiswho/gaitanides/
 Veröffentlichung in: Migration und Soziale Arbeit 3/2013, S. 256-263